

Länderinformationsblatt der Staatendokumentation



Vereinigte Staaten von Amerika

Gesamtaktualisierung am 23.10.2023

Aktualität überprüft am XX.XX.XXXX

letzte Kurzinformation eingefügt am XX.XX.XXXX

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Ein Länderinformationsblatt (LIB) der Staatendokumentation ist ein COI-Dokument, das beruhend auf den Bedürfnissen im Verfahren des Asyl- und Fremdenwesens (RD, EASt, ASt, BVwG) mittels Recherche von vorhandenen, vertrauenswürdigen und vorrangig öffentlichen Informationen gemäß den Standards der Staatendokumentation erstellt wird. Ein LIB gibt eine **einzelfallunabhängige Darstellung** über die Lage betreffend relevanter Tatsachen in Herkunftsländern bzw. in EU-Mitgliedsstaaten.

Die LIB dienen den Bedarfsträgern der Instanzen des Asyl- und Fremdenwesens. Für sie gilt § 5 Abs. 5 letzter Satz BFA-G, d.h. sie sind als solche nicht Teil der allgemein zugänglichen, öffentlichen Staatendokumentation. Sie werden aber durch Verwendung im Verfahren (Parteiengehör, Verwendung im Bescheid) der jeweiligen Partei zugänglich und durch Verwendung im Bescheid öffentlich gemacht.

Dieses Produkt ist als Arbeitsbehelf für österreichische Behörden und Gerichte entwickelt worden. In diesem Sinne stehen Lesbarkeit, flexible Nutzbarkeit und einfache Verwertbarkeit in Entscheidungen im Vordergrund. Grundsätzlich wird jede Information mit mindestens einer Quelle belegt; aus vorgenannten Gründen wird jedoch auf die Hervorhebung von Originalziten verzichtet – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich daraus für die Entscheidungsfindung kein Mehrwert ergibt.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das LIB stellt keine allgemeine oder individuelle Entscheidungsvorgabe dar. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.

Zugunsten der besseren Les- und Verwendbarkeit wird im vorliegenden Produkt auf eine genderneutrale Schreibweise verzichtet. So nicht explizit angemerkt, sind immer alle Geschlechter gemeint.

Qualitäts- und Aktualisierungshinweis

Das LIB beinhaltet Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen. Auswahl, Verwertung und Verwendung von Informationen im vorliegenden Produkt unterliegen dem Qualitätsmanagement der Staatendokumentation.

Eine Aktualisierung des LIB erfolgt bei gegebenem Bedarf auf Anfrage. Die Aktualität der verwendeten Quellen wird seitens der Staatendokumentation überprüft. Daher können auch im LIB verwendete Quellen älteren Datums als inhaltlich aktuell erachtet werden.

Länderspezifische Anmerkungen:

keine.

Hinweis:

COVID-19:

Zur aktuellen Anzahl der Krankheits- und Todesfälle in den einzelnen Ländern empfiehlt die Staatendokumentation bei Interesse/Bedarf folgende Websites der WHO:

<https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/situation-reports>.

Für historische Daten bis zum 10.3.2023 s. die Datenbank der Johns-Hopkins-Universität:

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6> .

Inhaltsverzeichnis

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen.....	5
2. COVID-19.....	6
3. Politische Lage.....	6
4. Sicherheitslage.....	7
5. Rechtsschutz / Justizwesen.....	8
6. Sicherheitsbehörden.....	9
7. Folter und unmenschliche Behandlung.....	10
8. Korruption.....	10
9. NGOs und Menschenrechtsaktivisten.....	11
10. Wehrdienst und Rekrutierungen.....	11
11. Allgemeine Menschenrechtslage.....	12
12. Meinungs- und Pressefreiheit.....	13
13. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition.....	14
14. Haftbedingungen.....	14
15. Todesstrafe.....	15
16. Religionsfreiheit.....	16
17. Minderheiten.....	16
18. Relevante Bevölkerungsgruppen.....	18
18.1. Frauen.....	18
18.2. Kinder.....	20
18.3. Sexuelle Minderheiten.....	20
19. Bewegungsfreiheit.....	23
20. IDPs und Flüchtlinge.....	23
21. Grundversorgung und Wirtschaft.....	24
21.1. Sozialbeihilfen.....	25
22. Medizinische Versorgung.....	26
23. Rückkehr.....	26

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen

Keine aktuellen Kurzinformationen vorhanden.

2. COVID-19

Seit 12. Mai 2023 wurde die Impfpflicht für internationale Flugreisende bei Einreise in die USA aufgehoben. Gleiches gilt für Einreisende auf dem Land- und Seeweg. Es ist für die Einreise in die USA kein COVID Impfnachweis mehr erforderlich ist. Auch ein COVID-Testzeugnis wird nicht verlangt (BMEIA 2.10.2023; vgl. WKO 16.6.2023).

Im September erklärte Präsident Biden die Covid-19-Pandemie für "beendet" (HRW 12.1.2023).

Quellen:

- BMEIA – BM Europäische und internationale Angelegenheiten [Österreich] (2.10.2023): Reise und Services, Vereinigte Staaten, Aktuelle Hinweise, <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/vereinigte-staaten>, Zugriff 2.10.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (16.6.2023): USA Wirtschaftslage, <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/die-amerikanische-wirtschaft.html>, Zugriff 13.10.2023

3. Politische Lage

Die USA sind eine Präsidialrepublik, in der die Inhaberin bzw. der Inhaber der Präsidentschaft sowohl die Position der Staats- als auch der Regierungsführung innehat (Kooperation international, ohne Datum; vgl. FH 2023). Das Staatsoberhaupt wird für bis zu zwei vierjährige Amtszeiten gewählt. Die Präsidentschaftswahlen werden von einem Wahlmännerkollegium (Electoral College) entschieden, wobei die Wahlmänner für jeden Staat auf der Grundlage der Größe seiner Kongressvertretung zugeteilt werden (FH 2023).

Bei den Wahlen 2020 erhielt Biden, der Kandidat der Demokratischen Partei, 306 Stimmen im Wahlmännerkollegium, während Trump, der republikanische Amtsinhaber, 232 Stimmen erhielt. Biden besiegte Trump mit mehr als sieben Millionen Stimmen oder etwa 4,4 Prozentpunkten in der landesweiten Volksabstimmung. Die Wahlbeteiligung war so hoch wie seit mehr als einem Jahrhundert nicht mehr: Etwa zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung gaben ihre Stimme ab (FH 2023).

Unter den Republikanern bildete sich in den Wochen nach der Wahl eine Kluft zwischen den mit der Durchführung der Wahl befassten Staatsbeamten, die im Allgemeinen die Fairness des Verfahrens und die Genauigkeit der Ergebnisse verteidigten, und vielen Kongressmitgliedern, die Trumps Behauptungen Glauben schenkten und Bidens Sieg anzweifelten. Bidens Amtseinführung verlief am 20. Januar ohne Zwischenfälle (FH 2023).

Grundlegende Prinzipien sind Gewaltenteilung und Gewaltenbalance ("Checks and Balances"). Die legislative Gewalt wird auf Bundesebene vom Kongress ausgeübt, der sich aus den zwei Kammern, dem Senat und dem Repräsentantenhaus zusammensetzt. Jeder Bundesstaat entsendet zwei für sechs Jahre gewählte Senator:innen. Alle zwei Jahre wird ein Drittel der Senator:innen neu gewählt. Die Mitglieder des Repräsentantenhauses werden alle zwei Jahre neu

gewählt. Jeder Bundesstaat ist nach dem Anteil an der Gesamtbevölkerung im Repräsentantenhaus vertreten, die 435 Abgeordneten repräsentieren jeweils den Wahlbezirk, in dem sie gewählt wurden (Kooperation International, ohne Datum; vgl. FH 2023). Die Wahlen zum Zweikammersystem des Kongresses sind in der Regel frei und Kompetitiv (FH 2023).

Für die Verabschiedung eines Gesetzes ist die Zustimmung beider Häuser erforderlich. Gegen verabschiedete Gesetze hat der Präsident ein Veto-Recht, das nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit beider Häuser überstimmt werden kann. Die Präsidentin bzw. der Präsident bedarf der Zustimmung des Senats zur Ratifizierung außenpolitischer Verträge (Zwei-Drittel-Mehrheit) und zur Ernennung der obersten Bundesbeamten und hoher Richter. An der Spitze der Exekutiven steht die Präsidentin bzw. der Präsident, die oder der alle vier Jahre vom Volk über ein Kollegium von Wahlfrauen und -männern ("electoral college") mit einfacher Mehrheit gewählt wird. Amtsinhaber:innen können nur einmal wiedergewählt werden. Die Präsidentin bzw. der Präsident hat nach der Verfassung die Aufgabe, Sorge zu tragen, dass die Gesetze ausgeführt werden. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, sind die Präsidentin bzw. der Präsident Vorgesetzte der gesamten Exekutive der Bundesregierung mit ihrem Verwaltungsapparat und haben die Oberbefehlsgewalt über die Streitkräfte (Kooperation International, ohne Datum).

Der Kongress besteht aus zwei Kammern: dem Senat mit 100 Sitzen sowie dem Repräsentantenhaus mit 435 Sitzen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten gibt die Struktur der Bundesregierung vor und spezifiziert ihre Befugnisse und Aufgaben. Alle weiteren Regierungstätigkeiten liegen im Verantwortungsbereich der einzelnen Bundesstaaten, die ihre eigenen Verfassungen und Gesetze haben. Die USA bestehen aus 50 Bundesstaaten und dem District of Columbia als Sitz der Bundesregierung (Kooperation international, ohne Datum).

Quellen:

- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- Kooperation international (ohne Datum): Allgemeine Landesinformationen: USA, <https://www.kooperation-international.de/laender/amerika/usa/allgemeine-landesinformationen>, Zugriff 15.9.2023

4. Sicherheitslage

Das Land ist stabil. Dennoch ist in der Umgebung von Demonstrationen Vorsicht geboten, da Ausschreitungen möglich sind. Ausschreitungen haben in der Vergangenheit wiederholt vereinzelt Todesopfer und Verletzte gefordert. Bei politischer Unzufriedenheit oder auch nach Polizeieinsätzen, die als unverhältnismäßig empfunden werden, kann es zu lokalen Protesten und gewaltsamen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften kommen. Die Behörden können kurzfristig den Ausnahmezustand und Ausgangssperren über die betroffenen Gebiete verhängen (EDA 2.10.2023).

Waffengewalt war im ganzen Land nach wie vor weit verbreitet (AI 28.3.2023; vgl. EDA 2.10.2023, AA 2.10.2023).

Sowohl die Mordrate in den USA - laut FBI-Daten 6,9 pro 100.000 Einwohner im Jahr 2021 - als auch die Gesamtkriminalitätsrate sind seit den 1990er Jahren deutlich zurückgegangen. Dennoch sind die Zahlen im Vergleich zu anderen wohlhabenden Demokratien hoch (FH 2023).

Nach dem gewaltsamen Aufstand vor dem US-Kapitol am 6. Januar 2021 haben Netzwerke von weißen Rassisten und Rechtsextremisten ihre Präsenz im Internet ausgebaut und erweitert. Marginalisierte Gemeinschaften fürchten um ihre Sicherheit, da die Zahl der gemeldeten Hassverbrechen in der ersten Jahreshälfte 2022 weiter gestiegen ist, darunter auch Schießereien, die durch die Ideologie der weißen Vorherrschaft motiviert sind (HRW 12.1.2023).

Quellen:

- AA – Auswärtiges Amt [Deutschland] (2.10.2023): USA/Vereinigte Staaten: Reise- und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/usa-node/usaverieinigtestaatensicherheit/201382>, Zugriff 2.10.2023
- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- EDA – Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (2.10.2023): Reisehinweise für die Vereinigten Staaten von Amerika, Aktuelles, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/vereinigte-staaten/reisehinweise-fuerdievereinigtenstaaten.html>, Zugriff 2.10.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023

5. Rechtsschutz / Justizwesen

Die Rechtsprechung wird von den Gerichten der Einzelstaaten und den Bundesgerichten ausgeübt. Die letzte Instanz liegt beim Obersten Bundesgericht (Supreme Court), bestehend aus neun Richter:innen, die mit Zustimmung des Senats von der Präsidentin bzw. vom Präsidenten auf Lebenszeit ernannt werden (Kooperation international, ohne Datum).

Die Vereinigten Staaten verfügen über ein traditionell unabhängiges Strafverfolgungssystem. Die Gerichte stellen ihre Autonomie regelmäßig unter Beweis, indem sie Maßnahmen der Exekutive und der Legislative blockieren oder einschränken. Das Muster der Richter:innenernennungen in den letzten Jahren hat jedoch die bestehenden Bedenken hinsichtlich einer parteipolitischen Verzerrung des Ernennungs- und Bestätigungsverfahrens verstärkt. In vielen Bundesstaaten werden Richter oder Richterinnen entweder durch parteipolitische oder nicht parteipolitische Wahlen gewählt, und die Zunahme von Wahlkampfspenden und die Beteiligung von Parteien an solchen Wahlen in den letzten zwei Jahrzehnten hat die Gefahr von Voreingenommenheit und Günstlingswirtschaft an staatlichen Gerichten erhöht. Darüber hinaus haben Beamte der Exekutive

und Legislative in einer wachsenden Zahl von Staaten in den letzten Jahren versucht, mehr Kontrolle über die staatlichen Gerichte auszuüben (FH 2023).

Trumps Bemühungen, seine Niederlage gegen Biden im Jahr 2020 und Anfang 2021 rückgängig zu machen, setzten das politische System und das Wahlsystem ernsthaft unter Druck, untergruben die langjährige Tradition des Respekts vor offiziellen Ergebnissen und zeigten potenzielle strukturelle Schwächen auf, die von künftigen Kandidaten ausgenutzt werden könnten. Im Oktober 2022 verabschiedete das Justizministerium formell Vorschriften, die es Bundesbehörden - mit engen Ausnahmen - untersagen, die Unterlagen von Journalisten und Journalistinnen zu beschlagnahmen oder ihre Aussagen zu verlangen, um vertrauliche Quellen im Rahmen von Ermittlungen gegen undichte Stellen zu identifizieren (FH 2023).

Quellen:

- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- Kooperation international (ohne Datum): Allgemeine Landesinformationen: USA, Politisches System, <https://www.kooperation-international.de/laender/amerika/usa/allgemeine-landesinformationen>, Zugriff 15.9.2023

6. Sicherheitsbehörden

Zum Personal der US-Strafverfolgungsbehörden gehören die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Bundesbehörden wie dem Heimatschutzministerium und dem Justizministerium, der 50 Bundesstaaten, spezieller Gerichtsbarkeiten, lokaler Sheriff-Büros sowie der Polizeibehörden von Gemeinden, Landkreisen, Regionen (CIA 13.9.2023).

Die Polizei tötete 2022 durch Schusswaffeneinsatz mindestens 1.093 Menschen (AI 28.3.2023).

Der UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung äußerte sich bei seiner Überprüfung der USA besorgt über die Anwendung von übermäßiger bzw. tödlicher Polizeigewalt gegen ethnische Minderheiten und die anhaltende Straffreiheit für Verstöße der Polizei. Der Ausschuss empfahl, die auf Bundesebene und in den Bundesstaaten geltenden Gesetze zur Gewaltanwendung durch die Polizei zu überprüfen und sicherzustellen, dass sie dem Völkerrecht und internationalen Standards entsprechen. Um Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, schlug der Ausschuss vor, unabhängige Kontrollinstanzen zu schaffen bzw. vorhandene auszubauen (AI 28.3.2023).

Die Streitkräfte der Vereinigten Staaten bestehen aus: US Army (USA), US Navy (USN; einschließlich US Marine Corps oder USMC), US Air Force (USAF), US Space Force (USSF); US Coast Guard (USCG); National Guard (Army National Guard und Air National Guard) (CIA 13.9.2023).

In den USA gibt es bundesstaatliche Verteidigungskräfte (State Defense Forces, SDF), d. h. Militäreinheiten, die unter der alleinigen Autorität der Regierungen der Bundesstaaten operieren;

die SDF sind durch einzelstaatliche und bundesstaatliche Gesetze autorisiert und stehen unter dem Kommando des Gouverneurs des jeweiligen Bundesstaates (CIA 13.9.2023).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (13.9.2023): The World Factbook, United States, Military and Security, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-states/#military-and-security>, Zugriff 15.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023

7. Folter und unmenschliche Behandlung

Der fünfte Zusatzartikel zur US-amerikanischen Verfassung, als Teil der sogenannten „Bill of Rights“ die 1791 in Kraft traten, verbietet die Anwendung von Folter zur Erlangung von Beweisen (U.S. Diplomatic Mission to Germany, ohne Datum).

Mehr als ein Jahrzehnt nach dem geheimen Inhaftierungs- und Verhörprogramm der CIA, das von 2001 bis 2009 autorisiert war, war immer noch niemand für die völkerrechtlichen Verbrechen und systematischen Menschenrechtsverletzungen, darunter Folter und andere Misshandlungen sowie Verschwindenlassen, zur Rechenschaft gezogen worden. Der Bericht des Geheimdienstausschusses des Senats über die CIA-Folter blieb auch mehrere Jahre nach dem Abschluss der begrenzten Ermittlungen zu diesen Straftaten, die ohne Anklageerhebung endeten, weiter unter Verschluss (AI 28.3.2023).

Polizeibeamte werden nur selten für Gewalt gegen Demonstranten bestraft. In vielen Fällen hindert der seit langem geltende strenge Arbeitsschutz die Stadtverwaltungen und Polizeidienststellen daran, gegen mutmaßlich misshandelnde Beamte erhebliche Verwaltungsstrafen zu verhängen. Dennoch wurden in den letzten Jahren einige Beamte zu hohen Haftstrafen verurteilt, unter anderem für den Mord an George Floyd im Jahr 2020 (FH 2023).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- U.S. Diplomatic Mission to Germany (ohne Datum): Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, <https://usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf>, Zugriff 25.10.2023

8. Korruption

Die Vereinigten Staaten verfügen über starke strukturelle Schutzmechanismen gegen Korruption im öffentlichen Dienst, darunter ein traditionell unabhängiges Strafverfolgungssystem, eine freie und starke Presse und ein aktiver zivilgesellschaftlicher Sektor. Eine Vielzahl von Vorschriften und

Aufsichtsinstitutionen innerhalb der Regierung sollen Interessenkonflikte eindämmen und andere Situationen verhindern, die zu Fehlverhalten führen könnten. Die Vorschriften über den Einfluss von Geld in der US-Politik werden jedoch seit langem als unzureichende Barriere gegen Korruption kritisiert (FH 2023).

Die Biden-Administration hat Durchführungsverordnungen erlassen, die die Ethikregeln innerhalb der Exekutive verschärften, und Überwachungsgruppen bezeichneten ihre Bemühungen zur Begrenzung der Interessenkonflikte von Kabinettsmitgliedern als wirksam (FH 2023).

Der Corruption Perceptions Index 2022 von Transparency International listet die Vereinigten Staaten auf Platz 24 von 180 Staaten auf (TI ohne Datum).

Quellen:

- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- TI – Transparency International (ohne Datum): Corruption Perceptions Index 2022, United States of America, <https://www.transparency.org/en/cpi/2022>, Zugriff 18.9.2023

9. NGOs und Menschenrechtsaktivisten

Die Gesetze und Praktiken in den USA lassen NRO und Aktivisten und Aktivistinnen große Freiheit bei der Verfolgung ihrer zivilgesellschaftlichen oder politischen Ziele, einschließlich solcher, die sich direkt gegen die Regierungspolitik richten. Organisationen, die sich für den Schutz der bürgerlichen Freiheiten, die Rechte von Einwanderern, die Gleichstellung von Frauen und Minderheiten und die Redefreiheit einsetzen, wurden während der Trump-Administration aktiver und blieben es auch 2022, indem sie Kampagnen starteten und Klagen einreichten, um Regierungsmaßnahmen zu blockieren, die sie für schädlich hielten. In den letzten Jahren wurde auch eine Reihe von privat unterstützten NRO-Projekten ins Leben gerufen, um Mängel im Wahl- und Strafrechtssystem zu beheben (FH 2023).

Quellen:

- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023

10. Wehrdienst und Rekrutierungen

18 Jahre (17 Jahre mit Zustimmung der Eltern) für den freiwilligen Dienst für Männer und Frauen; keine Wehrpflicht (derzeit inaktiv, aber Männer im Alter von 18-25 Jahren müssen sich beim Selective Service melden, falls die Wehrpflicht wieder eingeführt wird); Höchstalter für die Einberufung 34 Jahre (Heer), 39 Jahre (Luftwaffe), 39 Jahre (Marine), 28 Jahre (Marineinfanterie), 31 Jahre (Küstenwache); 8-jährige Dienstverpflichtung, davon 2-5 Jahre aktiver Dienst (Heer), 2 Jahre aktiver Dienst (Marine), 4 Jahre aktiver Dienst (Luftwaffe, Marineinfanterie, Küstenwache); alle militärischen Berufe und Positionen für Frauen zugänglich (2023) (CIA 13.9.2023).

Nicht-Staatsbürger, die sich dauerhaft und legal in den USA aufhalten, können sich als Soldaten melden; sie müssen die Erlaubnis haben, in den USA zu arbeiten, einen High-School-Abschluss vorweisen können und fließend Englisch sprechen, lesen und schreiben können; das Mindestalter beträgt 17 Jahre mit elterlicher Zustimmung bzw. 18 Jahre ohne elterliche Zustimmung; das Höchstalter liegt je nach Dienststelle zwischen 29 und 39 Jahren; nach dem US Nationality Act können Personen, die ehrenhaft im Militär gedient haben, die Staatsbürgerschaft im Schnellverfahren erhalten (CIA 13.9.2023).

Quellen:

- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (13.9.2023): The World Factbook, United States, Military and Security, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-states/#military-and-security>, Zugriff 15.9.2023

11. Allgemeine Menschenrechtslage

Eine Reihe von Maßnahmen und Programmen soll die Rechte des Einzelnen vor Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht und anderen Kategorien schützen, auch am Arbeitsplatz. Frauen und einige Minderheitengruppen leiden jedoch nach wie vor unter Ungleichheiten bei verschiedenen Indikatoren, und eine Reihe von Regierungsmaßnahmen der jüngsten Zeit haben die Grundrechte von Asylbewerbern und Einwanderern verletzt (FH 2023).

Der UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung bemängelte in seinen abschließenden Bemerkungen die unzureichenden Fortschritte bei der Bekämpfung von Hassverbrechen, Waffengewalt, übermäßiger Polizeigewalt und Gewalt gegen Frauen. Gerichte schränkten den Schutz der Menschenrechte ein, indem sie das zuvor gesetzlich verankerte Recht auf Schwangerschaftsabbrüche kippten, Waffengesetze lockerten und die Regierung daran hinderten, die Abschiebung von Asylsuchenden an der Grenze zu Mexiko zu beenden (AI 28.3.2023).

Im August 2022 kam der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) zu dem Schluss, dass die USA es versäumt haben, internationale Rechtsnormen zur Bekämpfung von Rassismus umzusetzen. Neben anderen Empfehlungen forderte der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD) die USA erstmals auf, eine Kommission einzurichten, die Vorschläge zur Wiedergutmachung prüft und entwickelt (HRW 12.1.2023).

Die Vereinigten Staaten waren das erste Land, das vor über 50 Jahren ein Gesetz über die Informationsfreiheit (Freedom of Information Act, FOIA) verabschiedet hat, und das Gesetz wird - ebenso wie seine Pendanten auf Bundesstaatsebene - von Journalisten, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Forschern und der Öffentlichkeit aktiv genutzt (FH 2023).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023

12. Meinungs- und Pressefreiheit

Den Amerikanern und Amerikanerinnen steht es im Allgemeinen frei, private Diskussionen zu führen und ihre persönlichen Ansichten in der Öffentlichkeit, auch im Internet, zu äußern. Die Vereinigten Staaten verfügen über eine freie und vielfältige Presse, die unter einem der stärksten verfassungsrechtlichen Schutzmechanismen der Welt steht, auch wenn die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien durch Probleme wie wirtschaftliche Zwänge, parteipolitische Voreingenommenheit und Desinformation sowie Gewalt gegen Journalisten etwas beeinträchtigt wird. Die Medienlandschaft ist nach wie vor sehr pluralistisch: Zeitungen, Nachrichtenmagazine, traditionelle Rundfunkanstalten, Kabelfernsehtetze und Nachrichten-Websites konkurrieren um Leser und Zuschauer. Der Internetzugang ist weit verbreitet und ungehindert. Während viele größere Medien florieren, haben unabhängige lokale Nachrichtenquellen jedoch Schwierigkeiten, mit den technologiebedingten Veränderungen beim Nachrichtenkonsum und bei der Werbung Schritt zu halten, was zu einer erheblichen Konsolidierung der Eigentumsverhältnisse in einigen Sektoren und zu einer Reihe von Gemeinden mit nur einer oder keiner lokalen Nachrichtenquelle geführt hat (FH 2023).

Die Nachrichtenberichterstattung hat sich ebenfalls stärker polarisiert, wobei bestimmte Medien und ihre Star-Kommentatoren eine durchweg rechte oder linke Perspektive vertreten. Obwohl die Mainstream-Medien trotz der zunehmenden Anfeindungen seitens der Politiker in den letzten Jahren weiterhin eine starke und unabhängige Berichterstattung über die nationale Politik bieten, hat sich die redaktionelle Politik einiger Sender effektiv nach links verlagert, da sie in gegnerische Beziehungen mit der Trump-Präsidentschaft hineingezogen wurden (FH 2023).

In der Rangliste der Pressefreiheit 2023 liegen die Vereinigten Staaten auf Platz 45 von 180 gelisteten Plätzen (RSF ohne Datum).

Quellen:

- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023
- RSF – Reporter ohne Grenzen (ohne Datum): USA, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2023/RSF_Rangliste_der_Pressefreiheit_2023.pdf, Zugriff 18.9.2023

13. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Opposition

Im Allgemeinen respektieren die Behörden das in der Verfassung verankerte Recht auf öffentliche Versammlungen. Demonstrationen zu politischen und anderen Themen sind üblich und verlaufen in der Regel ohne Zwischenfälle, auch wenn die örtlichen Behörden häufig den Ort oder die Dauer großer Proteste einschränken (FH 2023).

In mindestens elf Bundesstaaten und auf Bundesebene wurden 2022 mindestens 16 Gesetzentwürfe eingebracht, die darauf abzielten, die Versammlungsfreiheit einzuschränken. In zwei Bundesstaaten verabschiedeten die Parlamente entsprechende Gesetze (AI 28.3.2023).

Das hart umkämpfte politische Umfeld der USA wird von zwei großen Parteien beherrscht: den Republikanern auf der rechten Seite und den „linksgerichteten“ Demokraten. Das in den USA vorherrschende Mehrheitswahlrecht verhindert das Entstehen weiterer Parteien. Ein Bundesgesetz garantiert den Gewerkschaften generell das Recht, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen. Auch das Streikrecht ist für die meisten Beschäftigten gesetzlich geschützt, obwohl viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst nicht streiken dürfen. Im Jahr 2022 gehörten nur 6 % der Beschäftigten in der Privatwirtschaft einer Gewerkschaft an. Die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors hatten 33,1 % (FH 2023).

Kleine Parteien und ideologische Gruppierungen - wie die Libertarian Party, die Green Party und die Democratic Socialists of America - haben in den letzten Jahren auch die Politik auf Landes- und Kommunalebene in bescheidenem Maße beeinflusst. Mehrere Bundesstaaten haben für einige Ämter Ranglistenwahlsysteme eingeführt, die sich für dritte Parteien und Kandidaten der Mitte als vorteilhafter erweisen könnten als das Mehrheitswahlsystem, obwohl die Ergebnisse in der Praxis im Allgemeinen denen des traditionellen Pluralitätssystems entsprechen (FH 2023).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023

14. Haftbedingungen

Die Bedingungen in Gefängnissen und Untersuchungshaftanstalten sind auf staatlicher und lokaler Ebene oft schlecht, und die Todesraten in Gefängnissen scheinen in den letzten Jahren gestiegen zu sein, was nicht nur auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist, sondern auch auf eine Zunahme von Selbstmorden und Drogenüberdosierungen, wobei Fahrlässigkeit oder Personalmangel bei den Vollzugsbeamten zu einigen Todesfällen beigetragen haben (FH 2023).

Trotz eines allmählichen Rückgangs der Inhaftierungszahlen seit 2009 haben die USA nach wie vor die höchste gemeldete Inhaftierungszahl der Welt, mit fast 2 Millionen Menschen und Millionen

weiteren auf Bewährung (HRW 12.1.2023; vgl. FH 2023). Außerdem sitzen Hunderttausende von Untersuchungshäftlingen in Kurzzeitgefängnissen (FH 2023).

Quellen:

- BPB – Bundeszentrale für politische Bildung (15.10.2021): Gefängnisnation USA, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/gefaengnis-2021/341777/gefaengnisnation-usa/>, Zugriff
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023

15. Todesstrafe

Die Anwendung der Todesstrafe ist im Laufe der Zeit zurückgegangen. Im Jahr 2022 wurden in sechs Staaten 18 Hinrichtungen vollstreckt - gegenüber 11 Hinrichtungen im Jahr 2021. 23 Staaten haben die Todesstrafe formell abgeschafft; in weiteren 16 Staaten, in denen sie noch existiert, wurden in den letzten fünf Jahren oder länger keine Hinrichtungen mehr vollstreckt. Zu den Faktoren, die den Rückgang der Todesstrafe begünstigen, gehören eindeutige Rassenunterschiede bei ihrer Anwendung, eine Reihe von Entlastungen von Insassen der Todeszellen, die häufig auf neuen DNA-Tests beruhen, die Unfähigkeit der Bundesstaaten, die für die tödlichen Injektionen verwendeten Chemikalien zu beschaffen, weil die Hersteller Einspruch erheben, zahlreiche Fälle von verpfuschten Hinrichtungen und die hohen Kosten, die den Bundesstaaten und den Bundesbehörden durch die Todesstrafe entstehen. Der Oberste Gerichtshof der USA hat die Todesstrafe für andere Verbrechen als Mord und in Fällen, in denen der Täter ein Jugendlicher oder geistig behindert ist, neben anderen Einschränkungen, praktisch ausgeschlossen (FH 2023).

In der Legislaturperiode 2021/22 wurden in mehreren Bundesstaaten und auf Bundesebene Gesetzentwürfe zur Abschaffung der Todesstrafe eingebracht, doch wurde keines der vorgeschlagenen Gesetze verabschiedet (AI 28.3.2023).

In den Vereinigten Staaten wird die Todesstrafe noch in Kalifornien, North Carolina, South Carolina, Indiana, Kansas, Kentucky, Louisiane, Montana, Nevada, Oregon, Ohio, Pennsylvania, Utah und Wyoming angewandt (Frankreich Diplomatie 10.2022).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- Frankreich Diplomatie [Frankreich] (10.2022): Abschaffung der Todesstrafe, <https://www.diplomatie.gouv.fr/de/aussenpolitik-frankreichs/menschenrechte-und-humanitaere-hilfe/abschaffung-der-todesstrafe/>, Zugriff 19.9.2023

16. Religionsfreiheit

In den Vereinigten Staaten hat die Religionsfreiheit eine lange Tradition. Die Verfassung schützt die freie Religionsausübung, verbietet jedoch jegliche offizielle Unterstützung eines religiösen Glaubens, und es gibt keine direkten staatlichen Subventionen für Gotteshäuser. Hassverbrechen aus religiösen Gründen werden von den Strafverfolgungsbehörden in der Regel mit Nachdruck verfolgt (FH 2023).

Einer Schätzung aus dem Jahr 2014 nach bestehen die USA aus folgenden Religionsgruppen: Protestanten 46,5 %, römisch-katholisch 20,8 %, jüdisch 1,9 %, Kirche Jesu Christi 1,6 %, andere Christen 0,9 %, Muslime 0,9 %, Zeugen Jehovas 0,8 %, Buddhisten 0,7 %, Hindus 0,7 %, andere 1,8 %, nicht angehörig 22,8 %, weiß nicht/verweigert 0,6 % (CIA 13.9.2023).

Quellen:

- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (13.9.2023): The World Factbook, United States, People and Society, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-states/#military-and-security>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023

17. Minderheiten

Laut einer Schätzung aus dem Jahr 2020 bestehen die USA aus: Weiße 61,6 %, Schwarze oder Afroamerikaner 12,4 %, Asiaten 6 %, Indianer und Alaska-Ureinwohner 1,1 %, Ureinwohner Hawaiis und andere Pazifik-Insulaner 0,2 %, andere 8,4 %, zwei oder mehr Rassen 10,2 %, Hispanoamerikaner 18,7 % (CIA 13.9.2023).

Gewalt, die durch Rassismus oder andere Formen von Gruppenfeindlichkeit motiviert ist, kommt in den Vereinigten Staaten regelmäßig vor (FH 2023). Ein UNHCR-Bericht vom September 2023 stellt fest, dass der Rassismus in den USA - ein Erbe der Sklaverei, des Sklavenhandels und der hundert Jahre lang legalisierten Apartheid, die auf die Abschaffung der Sklaverei folgte - auch heute noch in Form von rassistischen Profilerstellungen, Tötungen durch die Polizei und vielen anderen Menschenrechtsverletzungen fortbesteht. Die Wahrscheinlichkeit, dass Schwarze in Amerika von der Polizei getötet werden ist dreimal so hoch wie bei Weißen; die Wahrscheinlichkeit, dass sie inhaftiert werden, ist 4,5 mal höher. Der Bericht fordert, dass Vorschriften für Zwangsmittelanwendungen der Polizei im Einklang mit internationalen Standards reformiert werden und kritisiert, dass von den mehr als 1.000 Fällen von Tötungen durch die Polizei pro Jahr nur 1 % zur Anklage der Beamten führen (VB des BMI 20.10.2023).

Neben dem Migrantenstatus sind Rasse und ethnische Zugehörigkeit die wichtigsten Faktoren, die bestimmen, wer einer harten Einwanderungspolitik wie Ausweisung, Inhaftierung, Abschiebung und extremer Anti-Asyl-Politik unterworfen ist (HRW 12.1.2023).

Rassen- und ethnische Minderheitengemeinschaften sind unverhältnismäßig stark von Gesetzen und politischen Maßnahmen betroffen, die Hindernisse für das Wahlrecht und die Erlangung von Wahlämtern schaffen (FH 2023).

Hate crime – Gesetze des Bundes und der Bundesstaaten haben unterschiedliche Reichweite in Bezug auf Motive eines Hassverbrechens. Die bundesgesetzlichen Vorschriften umfassen die Motive Rasse/Hautfarbe, ethnische Herkunft, Abstammung, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung, Geschlecht/Geschlechtsidentität; Die Motivkategorien für Hassverbrechen in den Bundesstaaten variieren - während Rasse/Hautfarbe fast in allen Bundesstaaten angeführt sind, gibt es bei sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität zahlreiche Bundesstaaten, die diese Vorurteilmotiv nicht umfassen (VB des BMI 20.10.2023).

Direkte finanzielle Unterstützung und Hilfsmaßnahmen als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie trugen dazu bei, die wirtschaftlichen Bedingungen vorübergehend zu verbessern, doch bestehen nach wie vor rassische Ungleichheiten beim Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung, Wasser, Bildung, Beschäftigung und Wohnraum (HRW 12.1.2023).

Die Armutsquoten schwarzer, lateinamerikanischer und indianischer Haushalte sind nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie die weißer Haushalte, die nicht lateinamerikanischer Abstammung sind, was die anhaltenden rassisch und ethnisch bedingten Ungleichheiten bei Einkommen, Vermögen, Schulden und Beschäftigung verdeutlicht (HRW 12.1.2023).

Zusätzlich zu den strukturellen Ungleichheiten und der Diskriminierung bei Löhnen und Beschäftigung sind rassische und ethnische Minderheitengruppen mit lang anhaltenden und miteinander verknüpften Ungleichheiten in den Bereichen Bildung und Wohnen konfrontiert. De facto ist die schulische Segregation ein anhaltendes Problem, und die Wohnverhältnisse, die dazu beitragen, werden durch Faktoren wie die Diskriminierung bei Hypotheken beeinflusst, von der insbesondere schwarze und hispanische Hausbesitzer betroffen sind (FH 2023).

Schwarze Menschen werden auch in der Gesundheitsversorgung diskriminiert und haben schlechtere Ergebnisse als ihre weißen Altersgenossen; während der COVID-19-Pandemie war die Sterblichkeitsrate bei farbigen Menschen durch das Virus auffallend hoch (FH 2023).

Schwarze und braune Menschen sind in Gefängnissen nach wie vor stark überrepräsentiert. Pro Kopf der Bevölkerung tötet die Polizei Schwarze dreimal so häufig wie Weiße (HRW 12.1.2023).

Einschränkungen des Wahlrechts wirken sich unverhältnismäßig stark auf Schwarze, indigene und Latino-Personen aus (HRW 12.1.2023).

Eine Reihe von wichtigen Gesetzen soll die politischen Rechte von Mitgliedern rassischer und ethnischer Minderheitengruppen sicherstellen, und bei den letzten Wahlen gab es eine Zunahme von Kandidaten, die solche Gruppen vertreten. Der 2020 gewählte Kongress hat die ersten offen schwulen schwarzen Abgeordneten und eine Rekordzahl von schwarzen, hispanischen, indianischen, asiatisch-amerikanischen und pazifischen Inselbewohnern, LGBT+ und weiblichen Gesetzgebern. Bei den Zwischenwahlen 2022 gab es eine Rekordzahl von Kandidaten aus

Minderheitengruppen sowie die ersten offen lesbischen Frauen, die zu Gouverneuren gewählt wurden (in Massachusetts und Oregon), und die ersten Frauen, die in mehreren Bundesstaaten als Gouverneurin oder Senatorin gewählt wurden. Dennoch sind weiße Amerikaner und Männer im Kongress, in den bundesstaatlichen Gesetzgebungen und in leitenden politischen Positionen nach wie vor stark überrepräsentiert (FH 2023).

„Equity“ hat unter der aktuellen Administration (BIDEN,HARRIS) einen hohen Stellenwert – Strategien und Präsidentenverfügungen wie der Executive Order (EO) 13985, Advancing Racial Equity and Support for Underserved Communities Through the Federal Government fördern Gleichheit (VB des BMI 20.10.2023).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (13.9.2023): The World Factbook, United States, People and Society, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-states/#military-and-security>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023
- VB – Verbindungsbeamtin des BMI für die USA [Österreich] (20.10.2023): Auskunft der VB per email, Quelldokument ho archiviert.

18. Relevante Bevölkerungsgruppen

18.1. Frauen

Männer und Frauen genießen im Allgemeinen gleiche Rechte bei Scheidungs- und Sorgerechtsverfahren, und es gibt keine unangemessenen Einschränkungen bei der Wahl des Ehepartners, insbesondere nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2015, wonach alle Staaten gleichgeschlechtliche Ehen zulassen müssen. In den letzten Jahren hat eine wachsende Zahl von Staaten Gesetze erlassen, um Ausnahmen zu beseitigen, die unter bestimmten Umständen Eheschließungen von Personen unter 18 Jahren erlaubten (FH 2023).

Vergewaltigung und häusliche oder intime Partnergewalt sind nach wie vor ernste Probleme. Die geltenden Gesetze sind von Staat zu Staat etwas unterschiedlich, obwohl Vergewaltigung in der Ehe landesweit ein Verbrechen ist. Zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Programme sind darauf ausgerichtet, diese Gewalt zu bekämpfen und die Opfer zu unterstützen (FH 2023).

Frauenhäuser und damit verbundene Unterstützungsleistungen bestehen sowohl auf Bundes-Staaten- und Gemeindeebene. Es gibt eine nationale Notrufzentrale die auch auf spanisch und 200 weiteren Sprachen verfügbar ist. Auf der Webseite der Notrufzentrale können örtliche Hilfsangebote abgerufen werden (ÖB 5.10.2023).

Obwohl Frauen fast die Hälfte der Beschäftigten in den USA ausmachen und in vielen Berufen stärker vertreten sind, liegt das Durchschnittsgehalt von Frauen bei etwa 83 Prozent des Gehalts von Männern - ein Unterschied, der in den letzten Jahrzehnten relativ konstant geblieben ist (FH 2023).

Im Juni 2022 hat der Oberste Gerichtshof die seit 50 Jahren in der Verfassung verankerte Garantie des Zugangs zur Abtreibung gekippt. Viele Bundesstaaten führten nach dem Urteil umgehend neue Gesetze ein, die den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen stark einschränkten oder den Eingriff ganz verboten (AI 28.3.2023; vgl. HRW 12.1.2023, FH 2023). Mehrere Bundesstaaten verabschiedeten Gesetze, um das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch zu schützen und den Zugang zu erleichtern. Präsident Biden ergriff ebenfalls verschiedene Maßnahmen zum Schutz der reproduktiven Rechte (AI 28.3.2023).

Gesetze in den meisten US-Bundesstaaten zwingen junge Menschen unter 18 Jahren dazu, einen Elternteil in ihre Abtreibungsentscheidung einzubeziehen oder ein Gericht anzurufen, um eine gerichtliche Umgehung zu erhalten (HRW 12.1.2023).

In seinen Abschließenden Beobachtungen äußerte der UN CERD seine Besorgnis über die Auswirkungen des systemischen Rassismus, zusammen mit sich überschneidenden Faktoren wie Geschlecht und Rasse, auf die Fähigkeit von Frauen und Mädchen, ohne Diskriminierung Zugang zu umfassenden sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten zu erhalten. Der fehlende Zugang zu Krankenversicherung und -versorgung trug dazu bei, dass die Sterblichkeitsrate bei Müttern und Gebärmutterhalskrebs höher war als in vergleichbaren Ländern, wobei schwarze Frauen häufiger starben als andere (HRW 12.1.2023).

Bei den Zwischenwahlen 2022 gab es eine Rekordzahl von Kandidaten aus Minderheitengruppen sowie die ersten offen lesbischen Frauen, die zu Gouverneuren gewählt wurden (in Massachusetts und Oregon), und die ersten Frauen, die in mehreren Bundesstaaten als Gouverneurin oder Senatorin gewählt wurden. Dennoch sind weiße Amerikaner und Männer im Kongress, in den bundesstaatlichen Gesetzgebungen und in leitenden politischen Positionen nach wie vor stark überrepräsentiert (FH 2023).

Die Regierung der Vereinigten Staaten erfüllt die Mindeststandards zur Unterbindung des Menschenhandels vollständig. Die Regierung unternahm im Berichtszeitraum weiterhin ernsthafte und nachhaltige Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Bei der umfassenden Bekämpfung des Menschenhandels in den Vereinigten Staaten mangelte es jedoch weiterhin an Fortschritten, etwa bei den Bemühungen, Opfer zu identifizieren. Die Finanzierung der Opferdienste war nach wie vor unzureichend, ebenso wie die Verfügbarkeit bezahlbarer, sicherer und stabiler Wohnmöglichkeiten für Opfer (USDOS 15.6.2023).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023
- ÖB – Österreichische Botschaft [Österreich] (5.10.2023): Antwort auf eine Anfrage, Quelldokument ho archiviert
- USDOS – US Department of State [USA] (15.6.2023): 2023 Trafficking in Persons Report: United States, <https://www.state.gov/reports/2023-trafficking-in-persons-report/united-states>, Zugriff 19.9.2023

18.2. Kinder

Die Kinderfürsorgesysteme in den USA reagieren auf Armut allzu oft mit Bestrafung, indem sie Familien der Vernachlässigung bezichtigen und Kinder von ihren Eltern wegnehmen, anstatt sie zu unterstützen, damit die Familien zusammenbleiben, so ein gemeinsamer Bericht von Human Rights Watch und der American Civil Liberties Union, der im November veröffentlicht wurde. Alle drei Minuten wird ein Kind von zu Hause weggenommen und in Pflegefamilien untergebracht. Schwarze und indigene Menschen sowie Menschen, die in Armut leben, sind unverhältnismäßig stark betroffen (HRW 12.1.2023).

Trotz eines 73-prozentigen Rückgangs der Verhaftungen von Kindern seit Mitte der 1990er-Jahre wird weiterhin jedes Jahr eine hohe Zahl von Kindern inhaftiert. Die Wahrscheinlichkeit der Inhaftierung für schwarze, lateinamerikanische und asiatisch-pazifische Kinder ist höher, während sie für weiße und indigene Kinder gleich bleibt (HRW 12.1.2023).

Die Abschaffung lebenslänglicher Haftstrafen ohne Bewährung für Kinder kommt nur langsam voran. Nach Angaben der Campaign for the Fair Sentencing of Youth gibt es in 32 Staaten kein Kind, das diese Strafe verbüßt, oder sie ist für Kinder verboten (HRW 12.1.2023).

Quellen:

- DAAD – Deutscher Akademischer Ausstauschdienst (2023): Länderbericht USA, https://static.daad.de/media/daad_de/pdfs_nicht_barrierefrei/infos-services-fuer-hochschulen/laendersachstaende/expertise-zu-themen-laendern-regionen/usa_daad_sachstand.pdf, Zugriff
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023

18.3. Sexuelle Minderheiten

Generell haben LGBT+-Menschen in den letzten Jahren Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung gemacht. Dennoch gibt es nach wie vor erhebliche Diskriminierungen (FH 2023).

Die Gesetzgeber in den US-Bundesstaaten haben mehr als 150 Gesetzesentwürfe eingebracht, die sich gegen Transgender-Personen und insbesondere gegen Transgender-Kinder richten und deren Rechte und Gesundheit bedrohen (HRW 12.1.2023).

Im Dezember 2022 verabschiedete der Kongress den Respect for Marriage Act, der die Bundesregierung und alle Bundesstaaten verpflichtet, gleichgeschlechtliche Ehen anzuerkennen, die in anderen Staaten rechtmäßig geschlossen wurden (FH 2023).

Die Regierung Biden wies die Bundesbehörden an, den Zugang von LGBTI-Familien und -Kindern zur Gesundheitsversorgung sicherzustellen, gegen die Auswirkungen bundesstaatlicher Gesetze vorzugehen, die sich gegen LGBTI-Schüler:innen richten, und eine Initiative gegen "Konversionstherapien" zu starten, um das Risiko zu reduzieren, dass diese angewandt werden. Darüber hinaus gab das Außenministerium bekannt, dass Inhaber*innen von US-Reisepässen ihr Geschlecht künftig selbst wählen können, ohne medizinische Unterlagen vorlegen zu müssen, und dass sie als Geschlecht "X" angeben können. Im Dezember 2022 trat mit dem *Respect for Marriage Act* ein bundesweites Gesetz in Kraft, das die Bundesstaaten dazu verpflichtet, alle Ehen, die legal geschlossen wurden, anzuerkennen, auch gleichgeschlechtliche Ehen. Einige Bundesstaaten führten weiterhin sehr viele Gesetze ein, die sich gegen LGBTI+ richteten (AI 28.3.2023).

Die jüngste Ausgabe staatlicher Gesetze, die die Rechte von Transgender-Personen einschränken, hat auch deren Zugang zu medizinischen Behandlungen im Zusammenhang mit der körperlichen Autonomie und dem Aussehen beeinträchtigt (FH 2023).

Bei den Zwischenwahlen 2022 gab es eine Rekordzahl von Kandidaten aus Minderheitengruppen sowie die ersten offen lesbischen Frauen, die zu Gouverneuren gewählt wurden (in Massachusetts und Oregon), und die ersten Frauen, die in mehreren Bundesstaaten als Gouverneurin oder Senatorin gewählt wurden. Dennoch sind weiße Amerikaner und Männer im Kongress, in den bundesstaatlichen Gesetzgebungen und in leitenden politischen Positionen nach wie vor stark überrepräsentiert (FH 2023).

Zum Schutz von der LGBTQI+ Community wird auf Bundesseite ein Schwerpunkt gesetzt: auf Basis Gefährdungseinschätzungen werden Bedrohungen und Aufgriffe auf Einzelpersonen und Einrichtungen der community beobachtet und Maßnahmen zum Schutz ergriffen: Nach den letzten Gefährdungseinschätzungen vom Mai 2023 kommen - durch inländische extremistische Akteure (teilweise organisiert in bewaffneten Milizgruppen) religiöse Einrichtungen, die LGBTQI+-community (Einzelpersonen und events), Schulen, ethnische Minderheiten, Regierungseinrichtungen und Beamte (inkl. Exekutivbedienstete) als potentielle Ziele in Betracht.

Schutz der LGBTQI+community: etwa Bereich „Schutz der LGBTQI+-Gemeinschaften vor Angriffen auf ihre Rechte und ihre Sicherheit“ durch die Gründung einer neuen Sicherheitspartnerschaft oder zur „Unterstützung von LGBTQI+-Kindern und Jugendlichen“ im Bereich psychische Gesundheit und Bekämpfung der Obdachlosigkeit (VB des BMI 20.10.2023).

Diverse civil rights act (Bundesebene und Bundesstaaten) bieten Schutz vor Diskriminierung durch Behörden auf u.a. Grund von Rasse, Geschlecht, Alter; in manchen Bundesstaaten ist auch Geschlechtsidentität explizit erwähnt. Im US-Justizministerium ist die Abteilung für Bürgerrechte für

19. Bewegungsfreiheit

Es gibt keine nennenswerten unangemessenen Einschränkungen der Freizügigkeit innerhalb der Vereinigten Staaten, und die Einwohner können im Allgemeinen ohne unangemessene Hindernisse ins Ausland reisen. Ein Flickenteppich vorübergehender Reisebeschränkungen, der durch den Ausbruch von COVID-19 im Jahr 2020 ausgelöst wurde, wurde locker durchgesetzt und Ende 2021 größtenteils wieder aufgehoben, da die Impfraten stiegen (FH 2023).

Freie Wohnsitzwahl ist generell gewährleistet. So steht auch einem Wohnsitzwechsel zwischen Bundesstaaten – etwa weil ein liberaler Bundesstaat für die LGBTQAI+-Gemeinschaft attraktiver ist, als ein konservativer – nichts entgegen (VB des BMI 20.10.2023).

Quellen:

- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- VB – Verbindungsbeamtin des BMI für die USA [Österreich] (20.10.2023): Auskunft der VB per email, Quelldokument ho archiviert.

20. IDPs und Flüchtlinge

Neben Rasse und ethnische Zugehörigkeit sind der Migrant*innenstatus die wichtigsten Faktoren, die bestimmen, wer einer harten Einwanderungspolitik wie Ausweisung, Inhaftierung, Abschiebung und extremer Anti-Asyl-Politik ausgesetzt ist (HRW 12.1.2023).

Die Regierung schloss einige Haftanstalten für Einwanderer und beendete die vom früheren Präsidenten Donald Trump eingeführte Null-Toleranz-Politik (HRW 12.1.2023). Die Behörden setzten die willkürliche, massenhafte Inhaftierung von Migrant*innen 2022 fort und stellten genügend Mittel bereit, um täglich 34.000 Personen inhaftieren zu können. Die Inhaftierung der Schutzsuchenden in privaten Gefängnissen war für deren Betreiber ein milliardenschweres Geschäft (AI 28.3.2023). Als Alternative zur Inhaftierung wurden elektronische Überwachungstechniken eingesetzt, was bei 285.000 Familien und Einzelpersonen der Fall war. (AI 28.3.2023; vgl. HRW 12.1.2023).

Die sogenannten Migrant*innenschutzprotokolle (Migrant Protection Protocols – MPP) und die während der Coronapandemie erlassene Richtlinie Title 42 schränkten den Zugang zu Asyl an der Grenze zwischen Mexiko und den USA auch 2022 weiterhin drastisch ein. Die Regierung Biden versuchte beide Regelungen zu beenden, doch blieben sie auf Anordnung der Bundesgerichte das gesamte Jahr über in Kraft. Die Richtlinie Title 42 ließ weder den Zugang zum Asylverfahren noch eine individuelle Risikobewertung zu, und die Migrant*innenschutzprotokolle zwangen Asylsuchende, ihr Verfahren von Mexiko aus zu betreiben (AI 29.3.2023; vgl. HRW 12.1.2023, FH 2023).

Quellen:

- AI – Amnesty International (28.3.2023): Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; USA 2022, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089665.html>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023

21. Grundversorgung und Wirtschaft

Angetrieben vom starken Inlandskonsum hat die Wirtschaftsleistung der Vereinigten Staaten bereits im Sommer 2021 wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht (WKO 16.6.2023).

Die wesentliche Wirtschaftsleistung eines Landes lässt sich am Bruttoinlandsprodukt ablesen. Also der Gesamtmenge aller im Land verkauften Waren und Dienstleistungen. Weltweit lag das Bruttoinlandsprodukt 2022 bei etwa 11.973 Euro pro Kopf. Das BIP in den USA erreichte dagegen 72.553 Euro pro Einwohner, bzw. 24,181 Billionen Euro im ganzen Land. Die Vereinigte Staaten von Amerika sind damit die weltweit größte Volkswirtschaft. Unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität stehen die Vereinigte Staaten von Amerika damit in der Liste der weltweit reichsten Länder sehr weit oben auf Platz 9 (laenderdaten.info Wirtschaft ohne Datum).

Der "amerikanische Traum" - die Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft, in der harte Arbeit unabhängig von den Umständen der Geburt zu wirtschaftlichem und sozialem Aufstieg führt - ist ein Kernbestandteil der Identität des Landes. In den letzten Jahrzehnten haben Studien jedoch gezeigt, dass sich die Ungleichheit im Wohlstand vergrößert und der Zugang zu Aufwärtsmobilität eingeschränkt hat. Eine Reihe von Konjunktur- und Entlastungspaketen, die von der Bundesregierung als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie eingeführt wurden, haben die Armutsquote insgesamt erfolgreich gesenkt, aber der zeitlich begrenzte Charakter einiger hochwirksamer Programme, wie z. B. eine erweiterte Steuergutschrift für Familien mit Kindern, die Ende 2021 auslief, bedeutete, dass die gesellschaftlichen Gewinne oft nur von kurzer Dauer waren (FH 2023; vgl. HRW 12.1.2023).

Das durchschnittliche Monatseinkommen beträgt in den USA 6.044 Euro pro Kopf (laenderdaten.info, Wirtschaft, ohne Datum).

Etwa 97 % der Bevölkerung haben Zugang zu einem unmittelbar vorhandenem, fließendem Trinkwasseranschluss (laenderdaten.info, Gesundheitswesen, ohne Datum; VB des BMI für die USA), Sanitäranlagen, Abwasserentsorgung, Energie und Müllentsorgung sowie zu Lebensmitteln und Gesundheitsvorsorge. Die Lebensmittelposten schwanken stark zwischen den einzelnen Bundesstaaten (VB des BMI 20.10.2023).

Die Vereinigten Staaten schneiden im Vergleich mit anderen Ländern des Better Life Index in vielen Messgrößen der Lebensqualität sehr gut ab. Die Werte liegen in den Bereichen Einkommen und Vermögen, Beschäftigung, Bildung, Lebenszufriedenheit, Umwelt und soziale Beziehungen

über dem Durchschnitt (Auf einer Skala von 0 bis 10 bewerten sie ihre Lebenszufriedenheit mit 7. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 6,7) (VB des BMI 20.10.2023).

Die Eigentumsrechte werden in den Vereinigten Staaten weitgehend geachtet. Das rechtliche und politische Umfeld begünstigt unternehmerische Aktivitäten und den Besitz von Unternehmen (FH 2023).

Quellen:

- CIA – Central Intelligence Agency [USA] (13.9.2023): The World Factbook, United States, Economy, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-states/#military-and-security>, Zugriff 15.9.2023
- FH – Freedom House (2023): Freedom in the World 2023 - United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088499.html>, Zugriff 18.9.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023
- laenderdaten.info (ohne Datum): Amerika, Kennzeichen der Wirtschaft in den USA, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/USA/wirtschaft.php>, Zugriff 19.9.2023
- laenderdaten.info (ohne Datum): Amerika, Gesundheitswesen in den USA, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/USA/gesundheit.php>, Zugriff 19.9.2023
- VB – Verbindungsbeamtin des BMI für die USA [Österreich] (20.10.2023): Auskunft der VB per email, Quelldokument ho archiviert
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (16.6.2023): USA: Wirtschaftslage, <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/die-amerikanische-wirtschaft.html>, Zugriff 19.9.2023
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich (6.2023): USA Länderreport, <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/usa-laenderreport.pdf>, Zugriff 13.10.2023

21.1. Sozialbeihilfen

Öffentliche Unterstützung bezieht sich auf Hilfsprogramme, die Einzelpersonen und Familien entweder in Form von Geld- oder Sachleistungen von einer staatlichen Einrichtung gewährt werden. Es gibt zwei Hauptarten von öffentlichen Hilfsprogrammen: Sozialhilfeprogramme und Sozialversicherungsprogramme. Die Leistungen von Sozialversicherungsprogrammen basieren in der Regel auf Anspruchskriterien wie Alter, Beschäftigungsstatus oder Veteranenzugehörigkeit und werden ebenfalls auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene abgewickelt. Dazu zählen etwa eine Sozialversicherung (für sich selbst und im Namen eines unterhaltsberechtigten Kindes mit Leistungen bei Behinderung oder Zugang zu medizinischer Grundversorgung „Medicare“), Leistungen des Ministeriums für Veteranenangelegenheiten (außer Veteranenrente) oder Entschädigungen aus der Arbeitslosenversicherung. Die Leistungen von Sozialhilfeprogrammen basieren in der Regel auf Anspruchsvoraussetzungen Einkommensschwäche und Bedürftigkeit und gibt es Sozialhilfeprogramme auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, die etwa Essensmarken umfassen (VB des BMI 20.10.2023).

Quellen:

- VB des BMI für die USA [Österreich] (20.10.2023): Auskunft der VB per email, Quelldokument ho archiviert

22. Medizinische Versorgung

Die Effizienz des Gesundheitswesens in den USA ist im weltweiten Vergleich eher überdurchschnittlich. Die medizinische Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser in den USA ist im Vergleich zur Weltbevölkerung unterdurchschnittlich (laenderdaten.info Gesundheitswesen ohne Datum) aber gewährleistet (EDA 2.10.2023).

Steigende Preise und unzureichende Krankenversicherungen haben in den USA zu einer Krise der unbezahlbaren Medizin geführt, die das Recht auf Gesundheit untergräbt, Menschen in finanzielle Not und Schulden treibt und sozial und wirtschaftlich ausgegrenzte Menschen unverhältnismäßig stark trifft. Trotz seiner Unzulänglichkeiten wird die Verabschiedung des Inflation Reduction Act durch die US-Regierung das Recht auf Gesundheit für Millionen von Menschen fördern, indem sie die Arzneimittelkosten für Menschen über 65 Jahre senkt und private Krankenversicherungen für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen erschwinglicher macht (HRW 12.1.2023).

In den sind die ärztliche und apparative Versorgung sowie Hygiene und Medikamentenversorgung kein Problem. Behandlungen sind im Vergleich zu Österreich sehr teuer (AA 2.10.2023; vgl. BMEIA 2.10.2023).

Quellen:

- AA – Auswärtiges Amt [Deutschland] (20.10.2023): USA/Vereinigte Staaten: Reise- und Sicherheitshinweise, Gesundheit, https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/usa-node/usaverinigtestaatensicherheit/201382#content_5, Zugriff 2.10.2023
- BMEIA – BM Europäische und internationale Angelegenheiten [Österreich] (2.10.2023): Reise und Services, Vereinigte Staaten, Gesundheit und Impfungen, <https://www.bmeia.gv.at/reise-services/reiseinformation/land/vereinigte-staaten>, Zugriff 2.10.2023
- EDA – Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [Schweiz] (2.10.2023): Reisehinweise für die Vereinigten Staaten von Amerika, Medizinische Versorgung, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/vereinigte-staaten/reisehinweise-fuerdievereinigtenstaaten.html>, Zugriff 2.10.2023
- HRW – Human Rights Watch (12.1.2023): World Report 2023 – United States, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085513.html>, Zugriff 15.9.2023
- laenderdaten.info (ohne Datum): Amerika, Gesundheitswesen in den USA, <https://www.laenderdaten.info/Amerika/USA/gesundheit.php>, Zugriff 19.9.2023

23. Rückkehr

Rückkehr- oder Reintegrationsprogramme für die freiwillige Rückkehr von US-Staatsbürgern in die Vereinigten Staaten sind nicht bekannt (VB des BMI 20.10.2023).

Rückkehrende U.S. Bürger haben vollen Zugang zu allen Wohlfahrts- und Sozialleistungen in den USA wie Medicaid (Krankenpflege, Vorsorge und Behandlung), finanzielle Unterstützung (Zusatz Einkommen, Telefon, Internet, Transport, Essenskarten) und Ausbildung (Schulen, Computer), Kinderbetreuung, psychologische Betreuung, etc. Desgleichen sind auch Rückkehrereinrichtungen vorhanden und Reintegrationsprojekte verfügbar (ÖB 5.10.2023).

Die US- Migrationsstrategie (Collaborative Migration Management Strategy) vom Juli 2021 sieht neben einem sicheren und humanen Grenzmanagement, der Ausweitung des Zugangs zum

Schutz in den Herkunftsländern, der Ausweitung des Zugangs zu legalen Wegen für Schutz und Chancen in den Vereinigten Staaten auch eine Unterstützung und Wiedereingliederung von Rückkehrern vor. Neben diplomatischen Initiativen, Auslandshilfe, Öffentlichkeitsarbeit und US-Einwanderungsinitiativen soll die Strategie durch Kooperationen mit Regierungen innerhalb und außerhalb der Region, internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor, multilateralen Organisationen, internationalen Finanzinstitutionen und dem US-Kongress umgesetzt werden. Mit Stand Mai 2022 wurden im Bereich Unterstützung und Wiedereingliederung von zurückgekehrten Personen haben in den vorangegangenen 2 Jahren knapp 120.000 Menschen Aufnahmeprogramme für Rückkehrer in El Salvador, Guatemala und Honduras durchlaufen. Unterstützung der freiwilligen Rückkehr wurde auch für Mexiko, Guatemala, Belize, Honduras und El Salvador durchgeführt (VB des BMI 20.10.2023).

Quellen:

- VB – Österreichische Botschaft [Österreich] (5.10.2023): Auskunft auf eine Anfrage, Antwort per email, Quelldokument ho archiviert
- VB – Verbindungsbeamtin des BMI für die USA [Österreich] (20.10.2023): Auskunft der VB per email, Quelldokument ho archiviert